



Ein bisschen Wahlen

Kommunalwahlen in den Palästinensischen Gebieten

INGRID ROSS
Oktober 2012

- Seit sechs Jahren hatten viele Palästinenserinnen und Palästinenser erstmalig wieder die Chance, bei den Kommunalwahlen am 20. Oktober 2012 ihr Recht auf demokratische Mitbestimmung auszuüben.
- Die Hamas hatte die Wahl im Gazastreifen boykottiert und auch in der Westbank ihren Anhängern eine Teilnahme untersagt. Daher war der politische Wettbewerb auf Fatah und andere kleinere Parteien begrenzt.
- Obwohl die Fatah angesichts des Boykotts der Hamas kaum Konkurrenz zu fürchten hatte, schnitten ihre Kandidaten bei den Wahlen verhältnismäßig schlecht ab: Unzufriedenheit über die Nominierungen führte dazu, dass einige Fatah-Anhänger sich als Unabhängige zur Wahl stellten, woraufhin sie von der Parteiführung ausgeschlossen wurden.
- Die internationale Gemeinschaft sollte dem autoritären Trend zu zwei Ein-Parteien-Systemen in Westbank und Gaza entgegenwirken und sich für die nationale Aussöhnung und Beendigung der Spaltung einsetzen.

Am 20. Oktober 2012 fanden Kommunalwahlen in Teilen der Palästinensischen Gebiete statt. Diese Wahlen stellten für viele Menschen einen Meilenstein dar, denn dies war der erste Urnengang seit dem Fiasko von 2005 und 2006, als die Hamas bei den Parlamentswahlen einen überragenden Sieg errungen hatte, dem die nationale Spaltung zwischen den rivalisierenden Parteien Hamas und Fatah, in Gazastreifen und Westbank folgte. Seit sechs Jahren hatten viele Palästinenserinnen und Palästinenser nun zum ersten Mal wieder die Chance, ihr Recht auf demokratische Mitbestimmung auszuüben. Die Wahlbeteiligung von 55% scheint auf den ersten Blick gering, ist angesichts der schwierigen Umstände dieser Wahl aber dennoch als ein Zeichen dafür zu werten, dass vielen Bürgern die Ausübung ihrer demokratischen Rechte ein Anliegen war.

Eingeschränkte Wahl: Wahlen ohne Gaza, Wahlen ohne Hamas

Die Rahmenbedingungen für eine allgemeine, freie, faire und gleiche Wahl waren zu diesem Zeitpunkt kaum gegeben, denn sie fand vor dem Hintergrund der andauernden Spaltung zwischen Hamas und Fatah statt. Als Präsident Mahmoud Abbas die Wahlen im Juli 2012 ausrief, ohne dass zuvor Fortschritte in den nationalen Versöhnungsverhandlungen zwischen beiden Parteien erzielt worden waren, war bald klar, dass die Hamas die Wahlen auf zweifache Weise boykottieren würde: Einmal dadurch, dass sie die Abhaltung im Gazastreifen verhinderte und zum anderen durch einen Boykott in der Westbank, wo sie ihre Anhänger dazu aufrief, den Wahlen fern zu bleiben. Ihre Entscheidung begründete die Hamas damit, dass ihre Kandidaten und Anhänger in der Westbank nicht frei politisch aktiv sein können. Nur eine nationale Aussöhnung könne die gleichen Ausgangschancen für politischen Wettbewerb schaffen. In der Tat sind viele Hamas-Anhänger und Parlamentsabgeordnete der Westbank inhaftiert. Die Infrastruktur von Wohltätigkeitsorganisationen der Bewegung ist weitestgehend zerschlagen. Die politische Bewegungsfreiheit ist einerseits durch die hier regierende Fatah, andererseits durch die israelische Besatzung eingeschränkt.

In der Folge fanden die Kommunalwahlen mit begrenztem politischem Wettbewerb lediglich in der Westbank statt. Die Hälfte der dort lebenden Palästinenserinnen und Palästinenser (die wiederum ca. 60% der palästinensischen Bevölkerung in den Gebieten ausmachen)

erhielten die Möglichkeit, sich an der Wahl zu beteiligen. Jedoch gab es noch weitere Einschränkungen, denn in vielen Gemeinden und Kommunen (181 von 353) stand nur eine Kandidatenliste zur Wahl, so dass diese Kandidaten bereits ohne Urnengang als Wahlsieger feststanden. Von einer echten "Wahl" kann daher nur in den größeren Städten wie Hebron, Nablus, Qalqilya oder Jenin gesprochen werden, in denen auch unterschiedliche Listen existierten. Insgesamt fanden in 93 Städten und Gemeinden kompetitive Wahlen statt.

Am Wahltag selbst kam es zu keinen systematischen Verstößen gegen die Regularien, die eine Manipulation der Wahlergebnisse nahe legen würden. Die palästinensische Wahlkommission korrigierte in den meisten Fällen, in denen Wahlbeobachter auf Missstände hinweisen, das Fehlverhalten und sorgte so für eine reibungslose Durchführung der Wahl. Hingegen war in der Phase der Registrierung der Listen zu beobachten, dass es zu Einschüchterungsversuchen der Opposition durch Sicherheitskräfte kam.

Gewinner und Verlierer

Eigentlich konnte die Fatah in Abwesenheit ihres größten Rivalen Hamas die Wahlen nur gewinnen. Die Ergebnisse deuten aber darauf hin, dass die Partei sich aufgrund mangelnder innerparteilicher Demokratie selbst im Weg stand und keine Lehren aus der letzten Parlamentswahl gezogen hat. Das Wahlsystem sieht eine Verhältniswahl vor, bei der sich auf einer gemeinsamen Liste Kandidaten unterschiedlicher Parteien zur Wahl stellen können. Die Frage nach Wahlgewinnern und -verlierern bezogen auf die Parteien, die sich an der Wahl beteiligt haben, ist dementsprechend schwierig zu beantworten. An der Gesamtheit der Mandate in den Stadt- und Gemeinderäten gemessen, hat die Fatah nach eigenen Angaben 80% erzielt. Dies beinhaltet auch die Gemeinden, in denen es nur eine Liste gab und die Wahl per Akklamation durchgeführt wurde. Im politischen Wettbewerb mit anderen Listen und Parteien in den größeren Städten gewann die Fatah zu 59% die Mehrheit der Stimmen mit einer eigenen Liste oder in Verbund mit anderen Parteien. In diesen Städten war die Wahlbeteiligung jedoch auch am geringsten - ein Zeichen dafür, dass sich viele Bürger durch die zur Wahl stehenden Parteien nicht repräsentiert fühlten bzw. dass die Unzufriedenheit mit der Palästinensischen Autonomiebehörde hoch war.

Bereits während des Prozesses der Nominierung von Kandidaten war deutlich geworden, dass hierarchische Entscheidungen des Zentralkomitees der Fatah mit den Interessen der Basis kollidierten. In vielen Fällen gelang es der Partei nicht, bei der Zusammenstellung der Listen Clanstrukturen, lokale Machtverhältnisse und die Interessen der zentralen Führung in Einklang zu bringen. In einigen Fällen stellten sich Fatah-Anhänger als Unabhängige zur Wahl, da sie von ihrer Partei nicht nominiert wurden. Das Zentralkomitee der Fatah reagierte mit dem Parteiausschluss und "Verbannung" von 27 Personen, die auf alternativen Listen kandidierten. Schlussendlich schlugen viele dieser als Unabhängige kandidierenden Fatah-Anhänger in Ramallah, Nablus, Tubas und Jenin die offizielle Fatah-Liste. In Nablus konnte der ehemalige Fatah-Politiker Ghassan Shaka'a gegen die Fatah einen Wahlerfolg verzeichnen. Auch in Ramallah hat die Fatah-Liste, mit der bisherigen Bürgermeisterin Janet Khouri an der Spitze, nicht die Mehrheit holen können.


Erstaunlich gut schnitten auch die Oppositionsparteien DFLP (Democratic Front for the Liberation of Palestine), PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine), FIDA (Palestinian Democratic Union) und Al Mubadara ab. Der Zusammenschluss der kleineren Parteien zu gemeinsamen Listen erhöhte die Chance, die 8% Hürde zu überspringen, um in den Stadt- und Gemeinderäten vertreten zu sein. Nach eigenen Angaben erhielten die Oppositionsparteien ca. 22% der Mandate. Die Al Mubadara ist nun beispielsweise in 37 Stadt- und Gemeinderäten vertreten (bisher waren es 5). Bei der Wahl spielte neben der Parteizugehörigkeit der KandidatInnen in vielen Orten allerdings die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Familienclan eine noch bedeutendere Rolle, so dass das Wahlergebnis kaum als Gradmesser der Beliebtheit der Parteien dienen kann. Auch die öffentliche Diskussion darüber, ob es sich um eine „politische“ Wahl handelt, prägte die Wochen des Wahlkampfes. Viele Palästinenserinnen und Palästinenser waren der Ansicht, dass sich die Aufgaben der Lokalverwaltungen auf die Bereitstellung von kommunalen Dienstleistungen beschränken und keinen Spielraum für programmatisches politisches Handeln lassen. Vor diesem Hintergrund war umstritten, welche Bedeutung den Kommunalwahlen beizumessen ist und ob die Abstimmung über Mitglieder der Stadt- und Gemeinderäte eine Wahl mit Konsequenzen für die nationale Politik darstellte.

"Farce" oder Bekenntnis zur Demokratie?

Palästinensische Stimmen beurteilen die Wahl kritisch: Die Hamas erklärte, die Art der Durchführung der Wahl hätte gezeigt, dass es richtig gewesen sei, darauf zu beharren, erst die Versöhnung anzustreben und dann Neuwahlen durchzuführen. Die Wahlergebnisse hätten aufgrund von Manipulation unter den jetzigen Bedingungen nicht anders ausgesehen, wenn die Hamas sich beteiligt hätte. PLO Exekutivrats-Mitglied Hanan Ashrawi hingegen sagte, der Boykott der Hamas sei ein Signal dafür, dass die Partei sich außerhalb des demokratischen Rahmens bewege. Ashrawi betonte aber auch, dass die Wahlen das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Fatah habe offensichtlich werden lassen. Die Partei von Präsident Abbas sei dadurch abgestraft worden, dass viele Wähler ihre Stimme den als unabhängig kandidierenden "Verbannten" gegeben hätten. Die Lokalwahlen seien ein Warnschuss für alle Parteien gewesen, die Kandidatenaufstellung sorgsamer zu gestalten. Dieser Auffassung schlossen sich auch andere Stimmen aus der Fatah an, die zugaben, dass Fehler bei der Zusammenstellung der Listen dazu geführt hätten, dass die Regierungspartei in der Westbank letztlich mit sich selbst konkurriert habe.

Testlauf für nationale Wahlen?

Die Wahlen waren ein dringend notwendiges Zeichen, dass die politische Führung in den palästinensischen Gebieten die demokratischen Rechte ihrer Bürger achtet. Kein politisches Amt in den Palästinensischen Gebieten, ob Präsident, Parlamentsabgeordneter oder Bürgermeister, war bis vor einer Woche noch demokratisch legitimiert, denn sämtliche Mandate waren ausgelaufen. Ernennungen von neuen Ministern und Kabinettsbildungen sind an die Stelle von Wahlen getreten. Nun ist zumindest auf lokaler Ebene ein Anfang gemacht, wie einige Kommentatoren betonen. Doch die Wahlen haben indes die innerpalästinensische Spaltung vertieft. Die Abhaltung der Kommunalwahlen zu diesem Zeitpunkt - ohne vorherige nationale Einigung, d.h. unter den Bedingungen der Einschränkung von Versammlungs- und Meinungsfreiheit der jeweilig rivalisierenden Partei und nur in einem Teil der palästinensischen Gebiete - ist als kritisch zu beurteilen, wenn man die Hamas als politischen Akteur wahrnimmt und sich dem Ziel der Einheit der palästinensischen Gebiete verpflichtet fühlt. Für wie demokratisch eine Wahl zu



beurteilen ist, bei der nicht alle relevanten Akteure zur Wahl stehen, ist fraglich.

Seit der geographischen Spaltung ist ein autoritärer Trend in Richtung von je einem Ein-Parteien-System in der Westbank und im Gazastreifen zu verzeichnen. Eine politische Einigung zwischen beiden Parteien auf eine Teilung der Macht ist ein unverzichtbarer Schritt, um die demokratische Legitimität der palästinensischen Führung durch nationale Wahlen unter größtmöglicher Beteiligung zu erneuern. Alle Anläufe zur Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit und Neuwahlen mit dem Kairo Abkommen 2011 oder der Doha Erklärung 2012 sind bislang gescheitert. Die internationale Gemeinschaft war an dem Zerwürfnis der Parteien nicht ganz unschuldig, hatte sie doch den Wahlsieg der Hamas nicht anerkennen wollen und jeden Kontakt mit Konditionen versehen, die für die islamistische Widerstandsbewegung nicht einfach zu erfüllen waren. Nun sollte die internationale Gemeinschaft verstärkt auf eine Einigung dringen, die den Weg zu allgemeinen, freien, fairen und gleichen nationalen Wahlen ebnet. Dies kann sie tun, indem sie der Palästinensischen Autonomiebehörde die Fortsetzung der Zusammenarbeit in Aussicht stellt, unabhängig davon, wer den nächsten Premierminister bzw. Präsidenten stellen wird.

Der Westen sollte eine zukünftig denkbare und anzustrebende Regierung der nationalen Einheit an ihren Taten messen. Ein möglicher Schritt, der eine Tolerierung der Regierungsbeteiligung der Hamas ermöglichen würde, wäre die Differenzierung zwischen dem politischen und militärischen Arm der islamistischen Bewegung. Während die Kassam-Märtyrer-Brigaden nach wie vor als terroristische Organisation zu klassifizieren wären, könnte die politische Führung als politischer Akteur der palästinensischen Parteienlandschaft anerkannt werden. Im Hinblick auf eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist die Hamas ein entscheidender Akteur, der die Macht hat, jegliche Vereinbarungen zwischen Israelis und Palästinensern zu torpedieren. Wenn man zu einer friedlichen Lösung kommen möchte, führt langfristig daher kein Weg an der Einbindung der Hamas vorbei.



Über die Autorin

Ingrid Ross ist seit 2012 Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Palästina und war zuvor Referentin in der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika der FES in Berlin.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Armin Hasemann
Referent für Israel und die Palästinensischen Gebiete

Tel.: ++49-30-269-35-7423 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt hier:
info.nahost@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN Nummer
978-3-86498-350-4